

Hungerstreik

10 000 demonstrierten in Bonn für sofortige Zusammenlegung

Am Samstag, den 29.4.89 demonstrierten in Bonn ca. 10000 Menschen für die sofortige Zusammenlegung der Gefangenen der RAF und anderer Gefangener aus dem Widerstand. 4000 Polizisten, Bundesgrenzschutz und Sondereinsatzkommandos waren in Bonn zusammengezogen worden und traten schwer bewaffnet auf. Schon bei der Anfahrt wurden viele Autos und

Busse angehalten und durchsucht. Der Demonstrationsweg war total abgeschottet, um das Verbot für die Innenstadt durchzusetzen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Rede der VVN/BdA, die auf der Abschlußkundgebung gehalten wurde. — (u.b.)

Beitrag der VVN-Vertreterin

Ich bin Fia Lind. Ich bin 65 Jahre alt. Ich spreche hier für mich und für die VVN/BdA, deren Mitglied ich bin. . . . Nur zwei Aspekte möchte ich heute ansprechen: Zum einen — die unselige Tradition unseres Staates im Umgang mit politisch motivierten Straftätern und zum anderen — das Argument, einer Erpressung des Staates durch Hungerstreik dürfe nicht nachgegeben werden. Der Ruf also nach einem „starken Staat“ um jeden Preis.

Zum 1. Aspekt, zum Umgang mit politischen Straftätern, möchte ich folgendes sagen: Die Mörder von Auschwitz oder anderer Vernichtungsstätten der Nazis wurden und werden mit außerordentlicher Milde behandelt. Nachgewiesener fünffacher Mord reicht nicht aus, um den Täter in Haft zu nehmen. Für 300000 DM Kautions z.B. konnte erst jüngst der NS-Mörder Weise fliehen. Anderen wurde aus Krankheitsgründen Haftverschonung gewährt, und Unzähligen wurde erst nie ein Prozeß gemacht. Ähnlich fürsorglich geht man mit den Neonazis um. Die Früchte — 7,5% Republikaner in Berlin und mehr als 6% NPD in Frankfurt — ernten wir heute.

Politisch motivierte Straftaten von links jedoch werden unerbittlich verfolgt.

Die Ungleichbehandlung der beiden Gruppen (rechts — links) in: Prozeßführung, Strafmaß, Behandlung im Strafvollzug und die Behandlung derjenigen, die für sie eintreten, schreit zum Himmel! —

Nun zum 2. Aspekt, zu dem der Erpressung: Die alltägliche Erpressung des Staates durch mächtige Interessengruppen — sei es z.B. die Atomlobby, die Chemielobby, die Rüstungslobby — wird als völlig legitim und selbstverständlich angesehen. Hier gibt der Staat nach, steht doch Geld, Macht, Karriere auf dem

Spiel. Wenn aber politisch motivierte, rechtskräftig verurteilte Straftäter aus dem linken Spektrum mit ihrem Hungerstreik den Staat zu erpressen versuchen, ist das „gesunde Volksempfinden“ zur Stelle. Ihre Erpressung geschieht nicht durch Einsatz von Geld oder Gewalt. Sie haben nichts als ihr nacktes Leben. Es geht ihnen nicht darum, daß der Staat seine Gesetze ändert, um ihnen Vorteile zu verschaffen. Sie verlangen nicht ihre Freilassung — außer für die Kranken — oder eine Verkürzung ihrer Haft. Sie wollen lediglich ihre Zusammenlegung in ein oder zwei Haftanstalten, um die Haftbedingungen zu erhalten, die es ihnen ermöglichen zu leben — ohne physische und psychische Vernichtung. Gibt der Staat nicht nach, verlieren die Gefangenen ihr Leben.

Was verlöre der Staat, wenn er nachgäbe? — Durch die gemeinsame Unter-

bringung in ein oder zwei Haftanstalten entstünde weder größerer Personalbedarf, noch wüchse die Fluchtgefahr. Geht es denjenigen, die dafür eintreten, daß sich ihr Staat nicht erpressen läßt, also nur darum, daß ihr Staat nicht sein „Gesicht verliert“?

Was für ein Gesicht ist das? Ich habe böse Erinnerung an ein solches „hartes Gesicht“. Ich wünsche mir, daß das Gesicht unseres Staates an Härte verlöre und durch ein Eingehen auf die hilflosen Wünsche der Gefangenen ein menschlicheres Gesicht gewönne.

Ich unterstütze die Forderung nach Zusammenlegung. Mögen doch alle politisch Verantwortlichen die Vorstellung von einem „starken Staat“ — und der ist auch immer ein harter Staat — endlich aufgeben, und mögen sie doch einsehen, daß keine Zeit mehr verloren werden darf. Es geht darum, Menschen zu retten!

